

Zusammenfassung und Evaluierung der Ergebnisse des Forschungsseminars der Balkan-Projektgruppe des BMLV (Reichenau a. d. Rax 13. – 15. April 1999)

1. Darstellung der Thesen der externen Experten

Der Berliner Albanien-Experte *Peter Schubert* ging in seinen Ausführungen auf die Frage ein, welche Konsequenzen das Scheitern der internationalen Kosovo-Konferenz in Rambouillet/Paris für die Albanische Frage hat. *Schubert* vertritt die Ansicht, daß die von manchen albanischen Politikern vorgetragene Forderung nach einem Großalbanien („Revision historischen Unrechts“) nicht realisierbar sei. Er begründete dies damit, daß ein „großalbanischer“ Staat nie autonom existiert hat und auch im sozialpsychologischen Bereich zu große Unterschiede zwischen den Albanern im Kosovo und in Westmazedonien einerseits und den Albanern im „Mutterland“ Albanien andererseits vorherrschen würden, um eine Vereinigung aller albanischen Siedlungsgebiete sinnvoll erscheinen zu lassen. Allerdings, so räumt der Albanien-Experte ein, erhielten diese Forderungen durch die aktuelle Vertreibung der Kosovo-Albaner, die „biblische Ausmaße“ erreicht habe, neue Impulse.

Schubert sieht eine wesentliche Ursache für das Scheitern von Rambouillet darin, daß die Konfliktparteien bei der Kosovo-Konferenz zu „enge Konzeptionen“ vertreten hatten, was auch den Verhandlungsspielraum sehr eingeengt habe. Zudem hätten die unmittelbare Einflußnahme der USA und das wachsende Engagement der NATO die europäische Politik und die ursprünglichen Ansätze der Kontaktgruppe desavouiert, während Milošević mit Angriffsbeginn der NATO voll auf die nationale Karte setzen konnte. Die Suche nach einer politischen Lösung werde weiters durch die Uneinigkeit innerhalb der politischen Elite der Kosovo-Albaner erschwert. Diese Uneinigkeit manifestiere sich insbesondere in der Rivalität zwischen dem liberalen Flügel unter Rugova/Bukoshi und der nach politischem Einfluß strebenden „Befreiungsarmee des Kosovo“ (UÇK) unter ihrem Führer Thaqi.

In Anbetracht der Gesamtsituation sei, so *Schubert*, ein völlig neuer Lösungsansatz gefordert, der sowohl auf die Akzeptanz der Serben als auch Albaner abzielt und nicht nur von der NATO (inklusive PfP-Rahmen), sondern auch von der UNO, OSZE, EU, aber auch den Balkan-Anrainerstaaten vermittelt und getragen werden müsse. Sechs Varianten mit mehr oder weniger hohen Realisierungschancen sind für *Schubert* nach Rambouillet denkbar, wobei er den bisherigen Vertragstext zwar als Makulatur bezeichnet, jedoch nicht ausschließt, daß einige seiner Elemente auch bei neuen Verhandlungen relevant sein könnten.

Variante 1: Autonomieregelung für den Kosovo unter Rückkehr zu den Positionen vom Oktober 1998 (Milošević-Holbrooke-Abkommen). Diese Variante erscheint im Hinblick auf die militärischen Entwicklungen und massiven ethnischen Vertreibungen seit Ende März 1999 jedoch nur mehr schwer vorstellbar.

Variante 2: Die Unterzeichnung des Rambouillet-Abkommens durch die serbische Führung. Auch die Realisierung dieser Variante sei nicht sehr wahrscheinlich, weil sich die albanisch-kosovarische Führung an ihre Unterschrift unter den Vertragstext aufgrund der Vertreibung eines großen Teils der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo nicht mehr gebunden fühlt.

Variante 3: Abschluß der NATO-Angriffe und Hochrüsten der UCK. Das beiderseits vorhandene menschliche Potential und der erwartbare Waffennachschub, so *Schubert*, führten unweigerlich zu einem dauerhaften Vernichtungskrieg.

Variante 4: „Tausch“ Kosovo gegen Republika Srpska. Dies würde das Dayton-Abkommen gefährden und zu neuen Kämpfen um Bosnien-Herzegowina führen.

Variante 5: Kosovo als dritte Republik neben Serbien und Montenegro im Rahmen der BRJ. Damit wären die privilegierte Stellung Belgrads gefährdet, Montenegros Position geschwächt, und weitere Autonomieforderungen anderer Regionen würden heraufbeschworen.

Variante 6: Teilung (Spaltung) des Kosovo in einen größeren nordwestlichen (serbischen) und einen südlichen (albanischen) Teil. Dabei blieben die Serben im Besitz des wirtschaftlich bedeutsamen Gebietes, während die Überlebensfähigkeit des restlichen Gebildes äußerst anzuzweifeln sei und dieses deshalb den Bestand Mazedoniens akut gefährden würde.

Schubert sieht keine alle Parteien zufriedenstellende Lösung in Sicht. Die internationalen Anstrengungen sollten sich daher auf die humanitäre und politische Dimension des Konfliktes konzentrieren. Jede der Optionen verlange eine Rückkehr zu völkerrechtlichen Normen („nicht an der UNO vorbei“).

Den Auftakt zum Übergang zu einer „positiven Strategie“ könnte die Einberufung einer internationalen Balkan-Friedenskonferenz bilden. Prämisse für eine Beruhigung im Kosovo bleibt nach Ansicht des Berliner Südosteuropa-Experten jedoch unverändert eine Demokratisierung Serbiens. Da das Kosovo-Problem aber zu schnellen Lösungen dränge, sei auch eine Beantwortung der albanischen Frage in ihrer ganzen Breite bedauerlicherweise nicht möglich.¹

Andres Wyslning kritisierte in seinen Ausführungen das bisherige Krisenmanagement der westlichen Staatengemeinschaft am Balkan. Der Südosteuropa-Spezialist der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) warf insbesondere der EG/EU vor, bei ihrem bisherigen Konfliktmanagement im südslawisch-albanischen Raum keiner klaren konzeptionellen Linie gefolgt zu sein sowie eine weitgehend reaktive Politik zu betreiben.

Wyslning nannte folgende drei Zielsetzungen als Basis für eine „durchdachte Politik“ des Westens im südslawisch-albanischen Raum:

- die Sicherung der Funktionsfähigkeit der historischen Donau-Balkan-Transitroute,
- die Verhinderung der Entstehung von Flüchtlingsströmen
- sowie die Einbindung Rußlands in das europäische Konfliktmanagement am Balkan.

Nach Meinung des NZZ-Korrespondenten hat die westliche Staatengemeinschaft mit ihrer bisherigen Politik am Balkan vor allem im Hinblick auf die beiden ersten Zielsetzungen versagt. Die von der NATO seit dem 24. 3. angewandte Strategie, durch Luftangriffe auf Ziele in der Bundesrepublik Jugoslawien die serbische Führung zu einem Einlenken in der Kosovo-Frage zu zwingen, hätte nichts an der massenhaften Vertreibung der Kosovo-Albaner geändert; wegen der Zerstörung der serbischen Infrastruktur würde die für die europäischen Handelsbeziehungen wichtige Donau-Balkan-Transitroute mehrere Jahre nicht benutzbar sein.

Als weiteren Indikator für die seiner Ansicht nach konzeptlose westliche Balkanpolitik führte *Wyslning* die Sanktionspolitik des Westens gegenüber der serbischen Führung an.²

¹ Siehe Walter Feichtinger / Predrag Jurekovic / Andrea Riemer, Fallstudie „FYROM / Mazedonien“. Anwendung eines Early Warning Systems. In: Gustav E. Gustenau, (Hrsg.), Konfliktentwicklung auf dem südlichen Balkan I, Informationen zur Sicherheitspolitik, Bd.17.

² Siehe dazu in dieser Publikation :Walter Feichtinger / Predrag Jurekovic, Early Warning-Fallstudie Mazedonien – Veränderungen im Stabilitätenprofil zwischen Herbst 1998 und Frühjahr 1999.

Die westliche Staatengemeinschaft hatte nach der Beendigung des Krieges in Bosnien-Herzegowina im Jahre 1995 zwar den Großteil der 1992 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien verhängten Wirtschaftssanktionen aufgehoben, jedoch blieb die Bundesrepublik Jugoslawien auch weiterhin von den für die Revitalisierung ihrer Wirtschaft notwendigen internationalen Krediten ausgeschlossen und wurde auch nicht wieder in die internationalen Organisationen reintegriert. Die westliche Staatengemeinschaft machte und macht die Aufhebung dieser sog. „äußeren Sanktionsmauer“ von folgenden Bedingungen abhängig: dem Einlenken Belgrads gegenüber den anderen ehemaligen Teilrepubliken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien im sog. „Nachfolgestreit“³, der Zusammenarbeit Belgrads mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, der Unterstützung des Friedensprozesses von Dayton, der Erzielung einer politischen Lösung für den Kosovo sowie einer wirklichen Demokratisierung Serbiens.

Wyslins Ansicht nach sei es ein Fehler gewesen, die Aufhebung der „äußeren Sanktionsmauer“ daran zu knüpfen, daß alle Bedingungen der Staatengemeinschaft von Belgrad erfüllt werden. Die Verfolgung dieses unrealistischen Ansatzes durch die Staatengemeinschaft hätte dazu geführt, daß auch nach dem Ende des Bosnien-Krieges sich die wirtschaftliche und soziale Situation des Großteils der jugoslawischen Bevölkerung weiter verschlechterte, während die politische Elite ihre Macht festigen konnte und das oligarchische Herrschaftssystem im politischen und wirtschaftlichen Bereich weiter ausbaute. Eine sinnvolle Sanktionspolitik der Staatengemeinschaft müßte, so *Wysling*, im Gegensatz zur Strategie „Alles oder nichts“ die Sanktionen parallel zur partiellen Erfüllung der Bedingungen schrittweise abbauen.

Wolf Oschlies vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln bezeichnete in seiner Analyse die Kosovo-Problematik als Teil eines allgemeinen Desintegrationsprozesses, dem die Bundesrepublik Jugoslawien seit ihrer Gründung im Jahre 1992 ausgesetzt sei. Die Hauptursache für diesen Prozeß, der in letzter Konsequenz auch zum Zerfall des dritten jugoslawischen Staates führen könnte, sei die autokratische Politik der politischen Elite in Serbien unter der Führung von Slobodan Milošević.

Oschlies faßte das serbische Elitenproblem, das auch eine der Hauptursachen für die Instabilität im gesamten südslawisch-albanischen Raum sei, in folgenden Worten zusammen: „Im Grunde führt Milošević einen Mehrfrontenkrieg: erstens einen ethnischen Vertreibungskrieg im Kosovo, der ihm das stärkste Militärbündnis der Geschichte, die NATO, zum Feind gemacht hat; zweitens einen machtpolitischen Verdrängungskrieg gegen Montenegro; drittens einen nationalistischen Dominanzkrieg in der Vojvodina und im Sandzak; viertens einen geistigen und materiellen Aushungerungskrieg gegen die eigene Bevölkerung.“

Im Zusammenhang mit der Kosovo-Problematik weist *Oschlies* der politischen Führung der Kosovo-Albaner sowie der Staatengemeinschaft eine Mitschuld an der Eskalation zu. Die Kosovo-Albaner hätten durch ihre Weigerung, sich an den serbischen Parlamentswahlen beteiligen zu wollen, sehr wesentlich dazu beigetragen, daß das aktuelle politische Regime in Belgrad, das für die repressive Politik und die ethnischen Vertreibungen im Kosovo verantwortlich ist, sich bislang an der Macht halten konnte. Die westliche Staatengemeinschaft wiederum hätte den Fehler begangen, keinen Druck auf die politische Führung der Kosovo-Albaner auszuüben, sich an den serbischen Parlamentswahlen zu beteiligen.

³ Im „Nachfolgestreit“ zwischen den Nachfolgestaaten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien geht es vor allem um die „gerechte“ Aufteilung des gemeinsamen Vermögens und um Entschädigungen für die Kriegsschäden.

2. Evaluierung der von den externen Experten vertretenen Ansätze zur Stabilisierung des Konfliktraumes

Alle drei externen Experten identifizierten in ihrer Analyse die politische Elite Serbiens als Hauptproblem für die Instabilität im südslawisch-albanischen Raum. Die Schlußfolgerungen der drei Forscher aus dieser gleichlautenden Problemanalyse fielen jedoch unterschiedlich aus:

- *Peter Schubert* und *Wolf Oshlies* vertreten die Ansicht, daß das serbische Elitenproblem nur mittel- bis langfristig einer Lösung zugeführt werden könne. Die entscheidenden Impulse für einen Elitenwechsel müßten aus der serbischen Bevölkerung kommen. Der Einfluß der Staatengemeinschaft auf diesen Prozeß sollte sich auf die Entwicklung einer Integrationsstrategie der Heranführung Serbiens an Europa beschränken. Da die Möglichkeiten der Staatengemeinschaft, auf die gesamtjugoslawische Entwicklung Einfluß zu nehmen, begrenzt sein würden, sollte sich diese vor allem auf den aktuellen Kosovo-Konflikt konzentrieren. In diesem Zusammenhang plädieren *Oshlies* und *Schubert* dafür, daß die NATO die Rolle des wichtigsten internationalen Akteurs im Kosovo-Konflikt an die UNO übergibt, um die Erzielung einer politischen Lösung zu erleichtern.
- Im Gegensatz zum Stabilisierungsansatz von *Schubert* und *Oshlies*, der eine mittelfristige bis langfristige Perspektive vorsieht und militärische Gewaltmaßnahmen gegen Serbien eher ausschließt, vertritt *Wysling* die Ansicht, daß Stabilität im Balkanraum nur hergestellt werden kann, wenn sich die Staatengemeinschaft dazu entschließt, die aktuelle politische Elite Serbiens unter der Führung von Milošević gewaltsam zu entfernen. Dies hätte nach Ansicht des Korrespondenten der NZZ zur Folge, daß sich die NATO in Serbien – anstatt auf die unzureichenden Mittel eines Luftkrieges zurückzugreifen – zur Führung eines Bodenkrieges entschließen müßte. In letzter Konsequenz würde dies die Installierung eines Besatzungsregimes in ganz Serbien in Analogie zur Besetzung Deutschlands und Österreichs durch die Alliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bedeuten.

Obst Mag. Walter Feichtinger

Institut für Internationale Friedenssicherung
im Bundesministerium für Landesverteidigung

Mag. Predrag Jureković

Militärwissenschaftliches Büro
im Bundesministerium für Landesverteidigung

Anfang Mai 1999